

Fragen

für die Fragestunde der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. September 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	32, 33	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	9
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Kleinwächter, Norbert (AfD)	38, 39
Beckamp, Roger (AfD)	25	Lenz, Andreas, Dr. (CDU/CSU)	12
Brandner, Stephan (AfD)	6, 7	Leye, Christian (DIE LINKE.)	10
Bürger, Clara (DIE LINKE.)	26, 27	Meister, Michael, Dr. (CDU/CSU)	16
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	13, 45	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	5, 18
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	34, 35	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	42, 43
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	1, 2	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	36, 37
Görke, Christian (DIE LINKE.)	19, 20	Renner, Martina (DIE LINKE.)	40, 41
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	21, 22	Schmidt, Eugen (AfD)	23, 24
Helfrich, Mark (CDU/CSU)	8	Spahn, Jens (CDU/CSU)	3, 4
Huber, Johannes (fraktionslos)	14, 15	Tillmann, Antje (CDU/CSU)	17
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	30, 31	Uhl, Markus (CDU/CSU)	47
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	46	Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	11
		Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	44

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.....	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

1. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU) Wann beschließt die Bundesregierung gemäß § 8 Absatz 2 des Bundes-Klimaschutzgesetzes zu ergreifende Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele im Gebäude- und Verkehrssektor?
2. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU) Welche aktuellen Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um Gas-Solidaritätsabkommen insbesondere mit Belgien, Luxemburg, den Niederlanden sowie Polen zu beschließen?
3. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) Was plant die Bundesregierung für die Verwendung der insgesamt fast 17,5 Mrd. Euro, die sich im EEG-Konto angesammelt haben (www.netztransparenz.de/portals/1/Aktuelle_Daten_zu_den_Einnahmen-_und_Ausgabenpositionen_nach_EEA_V_August_2022.pdf), und wie kann die Bundesregierung zur Verwendung auf diese Mittel zugreifen?
4. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Aussage der Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Weiterbetrieb der noch laufenden Kernkraftwerke über das Jahresende 2022 hinaus könne „einen Beitrag zu einem größeren Stromangebot und etwas geringeren Strompreisen leisten“ (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsweise-fordern-atomkraftwerke-bis-zum-krisenende-betreiben-18312846.html?premium)?
5. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Gedenkt der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken, die er selbst zu bedenken gibt, am Vorhaben der sogenannten Gasumlage festzuhalten, obschon der aus meiner Sicht größte Nutznießer Uniper SE auf Kosten der Steuerzahler verstaatlicht wurde, und welches Ergebnis hat die von ihm für den Zeitpunkt nach der Übernahme angekündigte Prüfung der „finanzverfassungsrechtlichen Lage“ (vgl. FOCUS online vom 21. September 2022 – www.focus.de/finanzen/news/habeck-will-gasumlage-durchdruecken-dabei-werden-die-zweifel-immer-lauter_id_150842708.html – und FINANZEN.NET vom 21. September 2022 – www.finanzen.net/nachricht/rohstoffe/finanzministerium-uniper-verstaatlichung-steht-gasumlage-nicht-entgegen-11730197 –, jeweils zuletzt abgerufen am 21. September 2022)?

6. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie konkret sah nach Kenntnis des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz die Beteiligung der Vertreter von Uniper SE und der „Bosse zweier großer Energiekonzerne“ an der Erarbeitung der Gasumlage aus (www.businessinsider.de/politik/deutschland/dramatische-tage-bei-uniper-rettung-energiekonzerne-schrieben-an-verordnung-mit-so-entstand-die-umstrittene-gasumlage-a/?utm_source=upday&utm_medium=referral)?
7. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie bewertet der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz die Möglichkeit, dass es in Deutschland im kommenden Winter zu einem „Blackout“ kommen könnte, und welche konkreten Auswirkungen könnte ein „Blackout“ auf das Leben der Bürger hierzulande haben (www.zeit.de/news/2022-09/10/staedte-und-gemeindebund-warnt-vor-stromausfaellen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F; die Antwort bitte begründen)?
8. Abgeordneter
Mark Helfrich
(CDU/CSU)
- Wie viele Ölkraftwerke sollen nach Kenntnis der Bundesregierung in Form von Kraftwerksschiffen, sogenannten Power Barges, zum Einsatz kommen (bitte unter Angabe des exakten Zeitraumes, der genauen Standorte und der exakten Leistung beantworten), und welchen Kraftstoff werden diese zur Stromerzeugung verbrennen?
9. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eine nach meiner Auffassung dringend erforderliche Untersuchung durch das Bundeskartellamt anlässlich augenscheinlicher Anhaltspunkte für den Missbrauch von Marktmacht durch das Mineralöl-Oligopol zum Schaden der Bürger in Auftrag geben, vor dem Hintergrund, dass die Benzinpreise an den Tankstellen in den vergangenen Monaten in keiner erkennbaren Relation zur Entwicklung des Rohölpreises am Weltmarkt standen und die Mineralölkonzerne für die ersten beiden Quartale 2022 Rekordgewinne auswiesen?

10. Abgeordneter
Christian Leye
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen in den vergangenen sechs Monaten mussten nach Kenntnis der Bundesregierung die Trading Hub Europe GmbH, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz Gas aufkauft, sowie die unter der Treuhänderschaft der Bundesnetzagentur stehende SEFE (ehemals Gazprom Germania) Vertragsstrafen an Dritte zahlen, die fällig wurden, weil das Gas nicht wie vereinbart an Dritte geliefert wurde, sondern für den deutschen Verbrauch bzw. die Füllung deutscher Gasspeicher aufgekauft/umgelenkt wurde, und wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten für diese Vertragsstrafen aus allen Fällen insgesamt (zum Hintergrund: www.lemonde.fr/economie/article/2022/09/16/1-1-approche-dc-1-hiver-unc-bataille-mondiale-pour-le-gnl-a-commence_6141938_3234.html und www.bloomberg.com/news/articles/2022-09-12/ex-gazprom-unit-pays-tiny-penalty-to-cancel-lng-cargoes-to-india?leadSource=verified%20wall)?
11. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Welche Anstrengungen wurden seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unternommen, um Erdgaslieferungen aus Israel und Zypern zu ermöglichen, die selbst große Erdgasmengen vor ihren Küsten nachgewiesen haben?
12. Abgeordneter
Dr. Andreas Lenz
(CDU/CSU)
- Wer genau entscheidet im Falle einer nationalen Gasmangellage und der Eröffnung einer „Initiative“ auf der Sicherheitsplattform Gas durch die Bundesnetzagentur in ihrer Rolle als „Bundeslastverteiler“ darüber, welche Letztverbraucher noch wie viel Gas erhalten und verbrauchen dürfen?
13. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Auf welche Höhe beziffert bzw. schätzt die Bundesregierung den Mittelzufluss aus der Gasumlage sowie den damit verbundenen Erhebungsaufwand bis Ende 2022?
14. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Um wie viel Prozent wird die Bundesregierung die deutschen Gas-Exporte verringern angesichts dessen, dass diese Exporte Presseberichten zufolge um 35 Prozent gesenkt werden müssen, um eine Gasmangellage noch abzuwenden, welche nach dem vollständigen Lieferausfall von Gas seitens Russlands laut „Szenario 1“ der Bundesnetzagentur eintreten wird, selbst, wenn zu Jahresbeginn 2023 zwei Flüssiggas-Terminals den Betrieb aufnehmen und die Industrie 20 Prozent ihres Gasverbrauchs einspart (www.welt.de/wirtschaft/plus241055465/Gasmangel-So-will-der-Bund-Rat-ionierungen-durchsetzen.html)?

15. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Wann ist angesichts der von der Bundesnetzagentur prognostizierten Gasmangellage ab Dezember 2022 mit der Ausrufung der Gas-Notfallstufe 3 zu rechnen, und warum nimmt die Bundesregierung durch die Geheimhaltung der definierten „Engpass-Regionen“ den betroffenen Unternehmen die Möglichkeit, sich frühzeitig auf die drohende Rationierung vorzubereiten (www.welt.de/wirtschaft/plus241055465/Gasmangel-So-will-der-Bund-Rationierungen-durchsetzen.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
- Wie passt es zusammen, dass die Bundesregierung zwar einerseits an den Maastricht-Kriterien festhalten will, aber andererseits in ihrem Prinzipien-Papier zu den EU-Fiskalregeln eine Ausweitung der „Flexibilitätsklauseln“ vorschlägt, was nach meiner Auffassung einer Einladung zum massiven Ausbau der Staatsverschuldung gleichkommt (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Europa/prinzipien-fuer-reformder-eu-fiskalregeln.pdf?__blob=publicationFile&v=6; www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2022/2022-08-04-handelsblatt.html)?
17. Abgeordnete
Antje Tillmann
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die OECD-Mindestbesteuerung zusammen mit den anderen G5-Staaten unilateral einzuführen, „sofern notwendig mit allen möglichen rechtlichen Mitteln“ (ECOFIN-Nachbericht vom 16. September 2022 – G5-Statement am Rande des informellen ECOFIN vom 9. September 2022: „We stand ready to implement the global minimum effective taxation in 2023 and by any possible legal means.“)?

18. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen zur Reduzierung des Rundfunkbeitrages und damit möglicherweise verbundenen Umstrukturierungsmaßnahmen hält der Bundesminister der Finanzen für möglich, wenn er davon spricht, dass er diesbezüglich „erhebliches Einsparungspotenzial“ sieht, und hält er auch eine Aussetzung desselben in der aktuellen Krise für möglich (vgl. tz München vom 21. September 2022 – www.tz.de/politik/rundfunkbeitrag-christian-lindner-berichterstattung-queen-elizabeth-gebuehren-schlesinger-rbb-kritik-zr-91799766.html –, zuletzt abgerufen am 21. September 2022)?
19. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Solidarabgabe vor dem Hintergrund, dass der Bundesminister der Finanzen Christian Lindner sich bisher ablehnend gegenüber einer Übergewinnsteuer positioniert hatte, und mit welchen Steuereinnahmen rechnet die Bundesregierung auf Basis des Verordnungsentwurfes für Deutschland (vgl. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_22_5490 und www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2F2022-08%2Fuebergewinnsteuer-christian-lindner)?
20. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Fand am 30. August 2020 zwischen dem damaligen Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs und dem damaligen Bundesfinanzminister und aktuellen Bundeskanzler Olaf Scholz ein Austausch statt, und wenn ja, was war das konkrete Thema des Austausches (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/cum-ex-hamburg-warburg-bank-scholz-kahrs-101.html)?
21. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Wann hat das Bundesministerium der Finanzen eine „vollständige juristische Prüfung“ der Gasumlage (Frankfurter Allgemeine vom 22. September 2022, Seite 17) durchgeführt, und was hat diese Prüfung genau ergeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

22. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen (www.zeit.de/politik/deutschland/2022-09/gefluechtete-ukraine-landkreis-tag-unterbringung-kitaplaetze-gipfel?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F), wenn ja, mit welchen Maßnahmen, und wenn nein, warum nicht?
23. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, ggf. auch Spätaussiedlern eine flächendeckende und behördenunabhängige Verfahrensberatung zu ermöglichen, wie dies der Ende 2021 abgeschlossene Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für Asylbewerber vorsieht (https://spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, S. 111)?
24. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Welche Beispiele kann die Bundesregierung für die von ihr festgestellten „Benachteiligungen, Diskriminierung, Ausgrenzung sowie einer Instrumentalisierung und dem in Geiselnhaft Nehmen der Angehörigen und Organisationen“ der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation aufführen (Bundesministerium des Innern und für Heimat, Deutscher Bundestag, Ausschuss für Inneres und Heimat, Ausschussdrucksache 20(4)100, S. 121)?
25. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Wie viele Abschiebungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2022 bzw. jeweils in den ersten acht Monaten der Jahre von 2015 bis 2022 umgesetzt?

26. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der erneuten Rüge für Deutschland durch die Anti-Rassismus-Kommission des Europarats, wonach Empfehlungen des Gremiums zu Gegenmaßnahmen in Bezug auf Racial Profiling durch die Polizei nicht umgesetzt worden seien (www.deutschlandfunk.de/anti-rassismus-kommission-ruegt-deutschland-wegen-untaetigkeit-gegen-racial-profiling-bei-polizei-100.html; vgl. auch die Vorbemerkung der Fragesteller auf Bundestagsdrucksache 19/19458), und ist die aktuelle Bundesregierung wie frühere Bundesregierungen der Auffassung, dass „diskriminierende Fahndungsmethoden“ durch die Bundespolizei nicht praktiziert würden (vgl. Vorbemerkung der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 18/11302), obwohl es immer wieder entsprechende Medien- und Betroffenenberichte und gerichtliche Verurteilungen der Bundespolizei gibt und ich selbst Ende August 2022 Zeugin einer solchen rechtswidrigen Kontrollpraxis am Hauptbahnhof Dresden wurde (vgl. www.saechsische.de/dresden/racial-profiling-dresden-gericht-polizeikontrolle-basierend-auf-hautfarbe-rechtswidrig-5618118.html; https://twitter.com/C_AB_/status/1564647444998246401)?

27. Abgeordnete
Clara Büniger
(DIE LINKE.)
- Was sind nach Kenntnis und Einschätzung der Bundesregierung die Gründe dafür, dass laut einem Medienbericht (www.tagesschau.de/investigativ/visa-russen-ukraine-101.html) die zugesagte schnelle und unbürokratische Aufnahme von bzw. Visumserteilung für russische Oppositionelle nach Einschätzung der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ im Zusammenspiel der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur- und Medien, des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat nicht funktionieren (vgl. ebd.), und welche Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, wie vielen Personen aus der Russischen Föderation die Bundesrepublik Deutschland seit Ende Februar 2022 Schutz gewährt hat, insbesondere auch z. B. Deserteuren oder Reservisten, vor dem Hintergrund der aktuellen Teilmobilmachung in der Russischen Föderation (bitte zum Beispiel Angaben oder Einschätzungen machen zu Aufnahmeerklärungen bzw. erteilten Visa nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes an individuell gefährdete russische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen, Schengenvisa für besonders gefährdete Personen, gewährtem Flüchtlingsstatus für russische Oppositionelle, Deserteure oder Wehrdienstverweigerer – bitte differenzieren – und erteilte Aufenthaltserlaubnisse an russische Staatsangehörige nach Zweckwechsel zur Ermöglichung des weiteren Aufenthalts nach Einreise mit einem Visum)?
28. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, der Empfehlung der EU-Kommission aus dem Jahr 2020 nachzukommen (www.tagesschau.de/inland/rassismusstudie-polizei-101.html), eine Rassismus-Studie bei der Polizei durchzuführen, und falls nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung im Sinne einer feministischen Außenpolitik, um die im Iran für ihre Rechte Protestierenden (www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-proteste-141.html) zu unterstützen?

30. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung für die erste Phase der Rettungsaktion zur Bergung des kaputten Öltankers „FSO Safer“ zugesagten 12 Millionen Euro (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/jemen-node/fso-safer-jemen/2525924) an die Vereinten Nationen überweisen, und plant die Bundesregierung, sich an der Finanzierung der zweiten Phase der Rettungsaktion zu beteiligen, und wenn ja, in welcher Höhe?
31. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern tragen nach Ansicht der Bundesregierung die Visa-Restriktionen sowohl der ganzen EU (wie zum Beispiel die Aussetzung des Visaabkommens zwischen der EU und Russland) als auch ihrer einzelnen Mitglieder wie Lettland, Estland, Litauen oder Polen angesichts der Tatsache, dass in der Zeit des mit Russland ausgesetzten Flugverkehrs die Einreise auf dem Landweg über diese Länder für russische Staatsangehörige bis auf wenige Aufnahmen nicht mehr möglich ist, dazu bei, dass russische Kriegsgegner der am 21. September 2022 in Russland erklärten teilweisen Mobilmachung nicht entkommen können, und plant die Bundesregierung, in dieser Situation konkrete Maßnahmen zu treffen, um russischen Kriegsgegnern in Deutschland Schutz zu bieten bzw. um ihnen die Einreise in die EU zu erleichtern?
32. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viel Zeit vergeht zwischen Terminregistrierung, persönlicher Vorsprache, Entscheidung über einen Visumantrag und ggf. Entscheidung über eine Remonstration im Familiennachzugsverfahren in der Zuständigkeit der deutschen Botschaft in Conakry (bitte nach kürzester, durchschnittlicher und längster Bearbeitungszeit sowie nach Ehegatten-, Kinder- und Elternnachzug aufschlüsseln und gegebenenfalls zumindest fundierte Einschätzungen hierzu geben, soweit keine konkreten Daten vorliegen sollten), und welche Maßnahmen finanzieller, personeller und organisatorischer Art ergreift die Bundesregierung, um die nach meiner Auffassung verfassungsrechtlich gebotene zügige Bearbeitung von Familiennachzugsanträgen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 9. Dezember 2021, 2 BvR 1333/21) durch die Botschaft in Conakry zu gewährleisten vor dem Hintergrund, dass mir in einem Einzelfall zugetragen wurde, dass die Wartezeit auf einen Remonstrationsbescheid in einem Kindernachzugsverfahren bis zu einem Jahr betragen soll (bitte begründen und ausführen)?

33. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Zahl der Personalstellen im Bereich der Visumbearbeitung für den Familiennachzug in den letzten drei Jahren entwickelt (bitte Angaben zur deutschen Botschaft in Conakry, zur Entwicklung weltweit und nach Kontinenten – außer Europa, Australien, Antarktika – differenziert machen), und wie ist der aktuelle Stand der Bearbeitung von Visa zum Familiennachzug im Inland durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (bitte ausführen, und wenn möglich, quantitative Angaben machen zur Zahl des eingesetzten Personals bzw. zur Zahl der bearbeiteten Visumanträge)?
34. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis (auch nachrichtendienstlichen) die Erkenntnisse des NATO-Partners USA, wonach Aserbaidsschan für die illegalen und tödlichen Angriffe auf armenisches Gebiet im September 2022 verantwortlich ist, vor dem Hintergrund, dass sich die Bundesregierung Presseberichten zufolge bislang nicht festlegen will, wer die Verantwortung für die Eskalation habe (Reuters vom 14. September 2022, 19.24 Uhr), und hat die bisherige Haltung der Bundesregierung einschließlich der damit verbundenen Folgenlosigkeit der Aggression Aserbaidsschans in Armenien möglicherweise mit der Sorge vor möglichen Problemen mit den Gaslieferungen aus Aserbaidsschan zu tun, vor dem Hintergrund, dass Aserbaidsschan als Korridor für Öl- und Gaspipelines vom Kaspischen Meer nach Europa (Reuters vom 14. September 2022) und der strategischen Partnerschaft im Energiebereich von großer Bedeutung ist (https://azertag.az/de/xeber/Aserbaidsschans_Energieminister_trifft_neuen_deutschen_Botschafter_in_Baku-2299346)?

35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung im Fall eines Beitritts des NATO-Mitglieds Türkei zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) die Notwendigkeit für eine „robustere Türkei-Politik“, verbunden mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei (www.welt.de/politik/deutschland/plus241128119/Kritik-an-der-Tuerkei-Es-muss-ueber-wirtschaftliche-Zwangsmassnahmen-nachgedacht-werden.html), während völkerrechtswidrige Militäreinsätze der Türkei in den Nachbarländern Syrien und Irak, Kriegsdrohungen gegen die EU-Mitglieder Griechenland und Zypern sowie Verstöße der Türkei gegen das UN-Waffenembargo für Libyen nach meiner Auffassung faktisch folgenlos geblieben sind, und warum kann das von Bundeskanzler Olaf Scholz noch im Februar 2022 auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) der Ukraine als „nicht verhandelbar“ zugebilligte Recht für eine freie Bündniswahl (www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-konflikt-bundeskanzler-olaf-scholz-die-risiken-eines-krieges-sind-alles-andere-als-gebannt/28085090.html), nicht seitens der Türkei im Zusammenhang mit einem möglichen Beitritt zur SCO geltend gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

36. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche „europäische(n) Standards für die Ressourcen und die Vergütung im Justizsystem“ (SWD(2022) 505 final, S. 3) sind nach Kenntnis der Bundesregierung einzuhalten, und inwieweit entspricht die Richterbesoldung in Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung diesen Standards?
37. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Sind derzeit alle Stellen beim Nationalen Normenkontrollrat (NKR) vollständig besetzt, wenn nein, bis wann sollen diese noch offenen Stellen vollständig besetzt werden, und wie hoch bemisst sich nach derzeitigem Stand die Höhe desstellungsaufwands, der im Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates für den Umzug des NKR vom Bundeskanzleramt zum Bundesministerium der Justiz mit 50.000 Euro beziffert ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

38. Abgeordneter
**Norbert
Kleinwächter**
(AfD)
- Wie viele in SGB-II-Bezug befindliche oder sonstige Leistungen nach dem Asylgesetz beziehende Schutzsuchende aus der Ukraine (mit und ohne ukrainische Staatsbürgerschaft) befinden sich aktuell in Eingliederungsmaßnahmen, und wie viele davon besuchen Fortbildungen in deutscher Sprache?
39. Abgeordneter
**Norbert
Kleinwächter**
(AfD)
- Nach welchen Kriterien bzw. wie genau und wie oft jährlich zu je Einzelhaushalt überprüfen die Jobcenter die Angemessenheit des Heizverbrauchs bzw. die Angemessenheit der Erstattung der Heizkosten von Beziehern von SGB-II-Leistungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

40. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Behörden des Bundes sind in die Ermittlungen der zuständigen Behörden im Zusammenhang mit der sogenannten „Neigungsgruppe G.“ (www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/bundeswehr-reservisten-rechtsextremismus-101.html) und der Gruppe „Nordbund“ (www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100050542/bundeswehr-personenschuetzer-unter-extremismusverdacht.html) in welcher Weise eingebunden (bitte unter Angabe des Datums antworten)?
41. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Überschneidungen und Zusammenhänge (beispielsweise personelle, organisatorische und finanzielle) bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen der sogenannten „Neigungsgruppe G.“ (www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/bundeswehr-reservisten-rechtsextremismus-101.html) und der Gruppe „Nordbund“ (www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100050542/bundeswehr-personenschuetzer-unter-extremismusverdacht.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

42. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Gesamtausgaben des Bundes für alle neu beschafften Impfstoffe gegen COVID-19-Varianten der Sublinien BA.1 sowie BA.4 und BA.5, und wie viele der dem Bund noch zur Verfügung stehenden Erstgenerationsimpfstoffe verfallen in den nächsten sechs Monaten (Stand: 28. September 2022) insgesamt?
43. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass sich der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach als regelmäßiger Gast in den Sitzungen der Ständigen Impfkommision (STIKO) hat anmelden lassen, und wie bewertet die Bundesregierung die an mich herangetragenen Bedenken Dritter, dass dieses „unabhängige Expertengremium“ (vgl. www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/STIKO/stiko_node.html), das sich bei ihrer Arbeit „an den Kriterien der evidenzbasierten Medizin“ (siehe ebenda) nicht an politischen Vorgaben orientiert, in Anwesenheit des Bundesgesundheitsministers nicht mehr so unabhängig arbeiten könnte, wie es ohne Anwesenheit des Bundesgesundheitsministers als dem obersten Vertreter der dem RKI, an das die STIKO angesiedelt ist, übergeordneten Fachaufsicht möglich wäre?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

44. Abgeordneter
**Klaus-Peter
Willsch**
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung zur Einbeziehung der Zivilluftfahrtbehörde Taiwans in die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) vor dem Hintergrund, dass im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen vereinbart wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

45. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) Auf welche Dauer beläuft sich nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Zeit der Bearbeitung bis zur Bewilligung eines Antrages auf Inlands-BAföG sowie Auslands-BAföG, und sieht die Bundesregierung diese als verhältnismäßig und zumutbar an, falls nein, wie soll diese verkürzt werden?
46. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU) Wie viele Studierende haben den Heizkostenzuschuss bislang erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

47. Abgeordneter
Markus Uhl
(CDU/CSU) Wie viele bundeseigene Gebäude sind barrierefrei, und gibt es ein Konzept der Bundesregierung zur Erhöhung der Barrierefreiheit mit einem zeitlichen Verlauf?